Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
1	63	01-01-01	Verwaltungsvorstand, Repräsentationen, Ehrungen		1.500	Mitgliedschaft im Rat der Gemeinden und Regionen Europas beantragen	SPD
2	64	01-01-01	Verwaltungsvorstand, Repräsentationen, Ehrungen		1.500	Mitgliedsbeitrag RGRE	GRÜNE
mehrheitlich abgelehnt							
5	79	01-02-03	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit		20.000	Erweiterung der Internetseite um E-Government Inhalte für verbesserte Kommunikation mit Bürgern. Lebenslagenmodell verbunden mit Online-Eingabe von Daten in die vorhandenen Anträge. Umsetzung Wettbewerb Logoentwicklung WissensstadtPlus Sankt Augustin	SPD
6	80	01-02-03	Presse und Öffentlichkeitsarbeit		12.000	Erneuerung des Internetauftritts dringend erforderlich. Wettbewerb für neues Stadtlogo.	GRÜNE

Auf Nachfrage von Herrn Wagner im Hinblick auf einen Deckungsvorschlag für diesen und auch die weiteren Anträge teilte Herr Knülle mit, der größte Teil der vorliegenden Anträge der SPD-Fraktion führe im Finanzplanungszeitraum ohne Beeinträchtigung der Rücklage zu entsprechenden Einsparungen, so dass eine Deckung der beantragten Mehrausgaben gewährleistet sei.
Herr Wagner erkannte hierin eine mögliche Erhöhung der Kreditaufnahme und Aufzehrung der Rücklage sowie die Gefahr, bereits zu einem früheren Zeitpunkt in die Haushaltssicherung zu geraten. Die CDU-Fraktion sei daher nicht bereit, kostenträchtigen Ansatzerhöhungen zuzustimmen.
Zu den Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläuterte Herr Metz, dass sich die vorgesehenen Mehreinnahmen auf ca. 10.000 € und die Mehrausgaben auf ca. 70.000 € belaufen. Unter Einbeziehung der prozentualen Angaben zum Energieverbrauch gehe er von einer ungefähren Deckung aus. Hinsichtlich des Erfordernisses von Deckungsvorschlägen vertrat er die Auffassung, dass es sich um eine finanzpolitische Entscheidung handele, ob Mehrausgaben getätigt werden.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, der Bürgermeister müsse entscheiden, an welchen Stellen des Haushalts er bei beschlossenen Mehrausgaben entsprechende Einsparungen vornimmt oder ob er die Kreditaufnahme zur Finanzierung erhöht.

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion

Herr Baumanns trat dem entgegen. Einsparvorschlägen des Bürgermeisters könne nur dann zugestimmt werden, wenn diese politisch vertretbar sind. Daher müssten Deckungsvorschläge von demjenigen unterbreitet werden, der Mehrausgaben beantragt.

Zu den vorliegenden Anträgen teilte Herr Metz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit, sich dem Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Internetseite und E-Government anzuschließen. Den eigenen Antrag zog er zurück.
Herr Wagner rief die Erklärung von Herrn Neß zur Einführung von E-Government und Neugestaltung der Internetseite aus der vorangegangenen Haushaltsberatung vom 28.01.09 in Erinnerung. Herr Neß ergänzte, dass es bei einer ab dem 2. Halbjahr 2009 beginnenden komplexen Neuplanung in diesem Haushaltsjahr nicht mehr zu Ausgaben kommen werde. Herr Knülle vertrat die Auffassung, der Antrag der SPD-Fraktion könne unabhängig von einer Neuplanung technisch umgesetzt werden. Entsprechende Einsparungen für die erforderlichen Mehreinnahmen ergäben sich aus der Maßnahme selbst.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

mehrheitlich abgelehnt bei 1 Enthaltung

Bezüglich einer eventuellen Erneuerung des Stadtlogos führte der Bürgermeister aus, dass diese Thematik in der kommenden Sitzung des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft erörtert werde.

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
9	107	01-06-01	Personalplanung, -einsatz und -steuerung		69.350	3 zusätzliche Ausbildungsplätze. Kosten pro Jahr 38.700,- €, anteilig für 2009:ca. 50 %. // Erhöhung des Budgets für Fortbildungen um 50.000,- €. Siehe formulierte Ziele innerhalb des Haushalts, Bericht RPA und Vorschläge zu operative Ziele der SPD-Fraktion. // Durch eine nach Fertigstellung des Personalentwicklungskonzepts zu erwartende verbesserte Personalpolitik erwarten wir Einsparungen, die mittelfristig Kostenersparnisse erwirtschaften werden.	SPD

Herr Raubach erläuterte, aus Sicht der Verwaltung werde für den Bereich der Fortbildung ein zusätzlicher Betrag von 10.000 € als sinnvoll erachtet. Ein darüber hinaus gehender Bedarf sei derzeit nicht erkennbar.

Der Bürgermeister ließ über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion, zusätzlich 50.000 € vorzusehen, abstimmen.

mehrheitlich abgelehnt

Anschließend ließ er über den Vorschlag der Verwaltung, zusätzliche Mittel in Höhe von 10.000 € bereit zu stellen, abstimmen.

einstimmig

Frau Krumm erläuterte die aktuelle Ausbildungssituation. Über die im Haushalt vorgesehenen fünf Ausbildungsplätze könne im Bäderbereich ein weiterer Ausbildungsplatz eingerichtet werden.

Frau Jung vertrat die Auffassung, dass eine Ausbildung über Bedarf und Entlassung von jungen Menschen nach ihrer Ausbildung in die Arbeitslosigkeit wenig sinnvoll sei.

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
Herr Knülle hielt die Kürzung von Ausbildungsplätzen gegen den Willen der SPD-Fraktion vor einigen Jahren entgegen. Vor dem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Krise sei es Aufgabe einer Stadtverwaltung, Ausbildungsplätze zu schaffen, auch wenn keine spätere Übernahme garantiert werden könne. Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag der SPD-Fraktion, drei zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten, abstimmen: **mehrheitlich abgelehnt** Hiernach erfolgte die Abstimmung über den Vorschlag der Verwaltung, einen zusätzlichen Ausbildungsplatz im Bäderbereich einzurichten. **einstimmig**							
13	128	01-06-06	Sonstige zentrale Dienste		-4.000	Nutzung neuer Techniken für Beschaffung von Zeitschriften, Blättern und Büchern. Einsparungen bei Büromaterial.	GRÜNE
Der Bürgermeister sagte zu, soweit möglich und sinnvoll Einsparungen vorzunehmen. Anschließend ließ er nach kurzer Diskussion über den Antrag abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt**							
16	144	01-09-01	Haushaltsaufstellung, Haushaltssteuerung			Eine Überarbeitung der Produktstruktur, der Kennzahlen und Ziele sollte als operatives Ziel schon jetzt klar festgelegt werden.	GRÜNE
Den Vorschlag der CDU-Fraktion aufgreifend plädierte Herr Metz für eine Besetzung der Arbeitsgruppe mit der Besetzung:							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
3 Sitze CDU-Fraktion 2 Sitze SPD-Fraktion 1 Sitz Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1 Sitz FDP-Fraktion. Vertreter können benannt werden. **einstimmig**							
20	175	01-11-01	Recht		9.663	Eine zusätzliche halbe Stelle für den Rechtsdienst vorsehen. 1/4 Kosten in 2009, 2010: 38.650 € .// Aussagen der Verwaltung verstärken den Bedarf an mehr Personal im Fachdienst Recht. // Rechtliche Fragen der Gleichstellung bedürfen ebenfalls Unterstützung. // Wie kam es zum kurzfristigen Rücktritt der neuen Gleichstellungsbeauftragten?	SPD
Der Bürgermeister führte aus, dass eine zusätzliche Stelle im Bereich des Rechtsdienstes nicht als notwendig erachtet wird. Anschließend ließ der Bürgermeister über den SPD-Antrag abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt** Der Rücktritt der neuen Gleichstellungsbeauftragten erfolgte nach Angaben des Bürgermeisters aus persönlichen Gründen.							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
21	179	01-12-01	Büroflächen		240.000	Umbau behindertengerechter Eingang Ärztehaus 40.000,- € // Nach Scheitern als Eigentümer es durchzusetzen, steht Verwaltung in der Pflicht, trotz allem eine Lösung zu realisieren. // Vorziehen des Umbaus der Stadtbücherei von 2010/2011 in 2009/2010! Ansatz: 200.000 € (2009) + 500.000 € (2010)	SPD

Zu einem eventuellen Umbau des behindertengerechten Eingangs im Ärztehaus schlug der Bürgermeister vor, das Ergebnis der Eigentümerversammlung im Sommer abzuwarten, in der sich die Verwaltung für einen erforderlichen Umbau auf Kosten der Stadt, möglichst unter Kostenbeteiligung der Eigentümergemeinschaft, einsetzen werde. Über die hierfür einzusetzenden Mittel werde im Fachausschuss berichtet über die dann im Wege einer überplanmäßigen Ausgabe oder im Rahmen der Beratungen eines Nachtragshaushalts entschieden werden könne. Er wies darauf hin, dass neben den Eingangstüren zum Gebäude auch die Zugangstüren zu den städtischen Dienststellen im Gebäude betroffen seien. Herr Köhler hielt einen barrierefreien Zugang zu öffentlichen Räumen unabdingbar.

Nach kurzer Diskussion ließ der Bürgermeister über seinen Vorschlag abstimmen.

einstimmig

Bezüglich des Umbaus der Stadtbücherei schlug Herr Wagner vor, dieses Projekt in die Überlegungen zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II einzubeziehen. Ob vor dem Hintergrund, dass der Umbau bereits im Haushalt veranschlagt war, hierfür überhaupt Mittel aus dem Konjunkturpaket verwenden werden können, konnte seitens der Verwaltung nicht abschließend mitgeteilt werden.

Auf Vorschlag von Herrn Knülle wurde die Angelegenheit bis zur Ratssitzung am 11.03.2009 vertagt.

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
22	180	01-12-01	Büroflächen			Umsetzung des HH-Begleitbeschlusses. Keine Festlegung auf Kostenbetrag wegen Schwankungen der Energiepreise. Stattdessen Zielmarke mittels tatsächlichen Energieverbrauchs festlegen. Auftrag an die Verwaltung: Auf Basis einer 5%-Senkung des kwh-Verbrauchs bei aktuellen Energiepreisen Einsparbetrag ermitteln.	GRÜNE
Nach kurzer Diskussion ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen. **einstimmig**							
23	191	01-12-03	Serviceleistungen, Gebäudemanagement		30.000	Einsetzen von Planungskosten für die Sanierung und den Umbau der GGS Freie Buschstraße zur OGS	SPD
Herr Raubach führte aus, der Antrag sei der laufenden Nummer 34 zuzuordnen und werde an dieser Stelle erneut aufgerufen. <u>Protokollnotiz</u> Unter lfd. Nr. 34 wurde dem Antrag einstimmig zugestimmt.							
24	192	01-12-03	Serviceleistungen Gebäudemanagement		40.000	Ausgabe für ständiges Monitoring der öffentlichen Gebäude. Alternativ: Personalaufwendungen erhöhen für eine extra Stelle.	GRÜNE
Herr Raubach erläuterte, der Antrag werde grundsätzlich befürwortet, über die Höhe der einzusetzenden Mittel lägen jedoch noch keine Erkenntnisse vor. Er bat darum, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Da in diesem Fall keine Mittel im Haushalt eingestellt werden, widersprach Herr Metz einer Umwandlung. Nach kurzer Diskussion ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt**							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
31	255	02-04-01	Statistik und Wahlen		1.000	Einrichtung eines Onlineverfahrens zur Beantragung der Briefwahl für die zukünftigen Wahlen	SPD
Nach kurzer Diskussion ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt**							
32	261	02-05-01	Brandschutz		50.000	Einführung einer Rentenversicherung für die Freiwillige Feuerwehr Sankt Augustin. // Entwicklung eines Sankt Augustiner Modells unter Berücksichtigung der Fragestellungen: Wegzug aus dem Stadtgebiet, Dienstbeendigung vor Ablauf der 25 Jahre, Kontrollnotwendigkeiten der Einsatzbereitschaft der Feuerwehrmänner. (Hürther Modell nur als Grundlage, 1:1 Übernahme des Modells nicht sinnvoll)	SPD
Herr Lübken führte aus, dass eine Einführung des „Hürther Modells“ seitens der Freiwilligen Feuerwehr nicht gewünscht sei. Die Verwaltung werde zur Sitzung des Feuer- und Zivilschutzausschusses am 01.12.2009 ein entsprechendes „Sankt Augustiner Modell“ entwickeln. Über hierfür erforderliche Mittel lägen frühestens im Jahre 2010 entsprechende Erkenntnisse vor. Herr Baumanns bat darum, eine private Rentenversicherung anzustreben, um eine Koppelung / Abrechnung mit einer gesetzlichen Versicherung auszuschließen. Herr Knülle änderte den Antrag dahingehend ab, dass der Betrag in Höhe von 50.000 € in die Finanzplanung für das Jahr 2010 aufgenommen werden soll. Der Bürgermeister ließ über den Vorschlag der Verwaltung und den geänderten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. **einstimmig** (Herr Lienesch hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.)							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
34	277	03-02-01	Grundschulen		451.000	Vorziehen der Sanierungsmaßnahme Grundschule Sankt Augustin-Ort. // 451.000 € (2009), 340.000 € (2010) // Maßnahme war bereits in 2008 etatisiert und dringend erforderlich! // Konkrete Veränderung der Elternbeiträge, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, nach Beratung in der Nov. Sitzung des JHA. // Nach Möglichkeit früher, um schon in 2009 Beiträge zu senken!	SPD
Herr Knülle zog den Antrag zurück. Als Planungskosten für die Sanierung und den Umbau der GGS Freie Buschstraße zur OGS werde seitens der Verwaltung über den bereits hierfür vorgesehenen Betrag von 5.000 € ein weiterer Betrag von 25.000 € vorgeschlagen. Insoweit entspreche der Mitteleinsatz dem unter Ziffer 23 genannten Betrag der SPD-Fraktion. **einstimmig**							
34 a	277	03-02-01	Grundschulen		557.750	Zusätzlich erforderliche Mittel für die OGS-Umbaumaßnahmen gemäß Drucksachen-Nr. 09/0016	
Auf Antrag der SPD-Fraktion bestand Einvernehmen, die Angelegenheit in die Ratssitzung am 11.03.2009 zu vertagen.							
35	280	03-02-01	Grundschulen	10.000		Die antragstellenden Fraktionen weisen darauf hin, dass andere an den GS vorgesehenen Maßnahmen hiervon nicht berührt werden.	CDU/ FDP
einstimmig							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
36	285	03-03-01	Hauptschulen	Einstellen der Kosten für die Realisierung der Mensa Schulzent-rum Niederpleis			SPD
37	293	03-04-01	Realschulen	Einstellen der Kosten für die Realisierung der Mensa Schulzent-rum Niederpleis			SPD
38	299	03-05-01	Gymnasien	Einstellen der Kosten für die Realisierung der Mensa Schulzent-rum Niederpleis		Vorziehen der Investition aus 2010 nach 2009 05-00056 Erneuerung von drei Fachräumen am Schul-zentrum Niederpleis 150.000,- € --> Zurückgestellt bis Diskussion 5.3.	SPD

Herr Lübken erläuterte, dass bei den Überlegungen zur Antragstellung im Rahmen des „1000-Schulen-Programms“ deutlich mitgeteilt wurde, im Jahre 2009 vernünftige Planungsgrundlagen zu schaffen. Hierfür seien Mittel vorgesehen. Die Realisierung sei für das Jahr 2010 vorgesehen. Dies sei mit den betroffenen Schulen abgesprochen.

Die CDU-Fraktion erklärte sich mit diesem Verfahrensweg einverstanden. Sollte sich jedoch die Möglichkeit ergeben, mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II vorzeitig die Realisierung vorzunehmen, würde dem zugestimmt. Die CDU-Fraktion sehe in dieser Maßnahme die oberste Priorität für die Verwendung der Gelder aus dem Konjunkturpaket II.

Der Bürgermeister schlug vor, die Realisierung möglichst mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II in diesem Jahr vorzunehmen. Sollte dies nicht gelingen, könnten die Kosten hierfür im Rahmen der Beratungen für einen voraussichtlich erforderlichen Nachtragshaushalt 2009 oder in die Haushaltsplanung 2010 eingebracht werden.

Es bestand Einvernehmen, entsprechend dem Vorschlag des Bürgermeisters zu verfahren. Frau Bergmann-Gries erläuterte hierzu, sie erteile ihre Zustimmung unter der Maßgabe, dass die Verwaltung alles daran setze, eine Realisierung im Jahre 2009 planerisch und organisatorisch sicherzustellen. Dies wurde seitens des Bürgermeisters zugesagt.

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
40	313	03-07-01	Sonstige schulische Aufgaben		500	Kosten Elternbefragung Gesamtschule inkl. Informationen an die Eltern. // Sankt Augustin als WissensstadtPlus als Standort der nächsten rechtsrheinischen Gesamtschule positionieren // Gemeinsame Trägerschaft mit Nachbarkommunen bei zu erwartendem Erfolg der Befragung mit diesen erörtern.	SPD
Nach kurzer Diskussion sagte der Bürgermeister zu, dass Mittel für eine eventuell erforderliche Elternbefragung aufgebracht werden können, auch ohne hierfür separat Mittel im Haushalt einzustellen. Anschließend ließ er über den Antrag abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt**							
43	330	04-02-01	Heimat- und sonstige Kulturpflege		-4.000	Verstärkte Sparanstrengungen v.a. bei Altenfesten.	GRÜNE
mehrheitlich abgelehnt							
45	337	04-04-01	Musikschule	-10.000		Keine weitere Gebührenerhebung an der Musikschule ab 2010. - 10.000 €	SPD
Herr Stroß verwies auf das ausführlich im Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss beschriebene Verfahren der Gebührenerhöhung. Es sei eine regelmäßige moderate Gebührenerhöhung vorgesehen, statt in längeren Zeitabständen eine deutliche Anhebung vorzunehmen. Nach den vorliegenden Erkenntnissen werde diese moderate Gebührenerhöhung von den Nutzern der Musikschule akzeptiert. Die Erhöhung trage zudem dazu bei, die Sachkosten an die Gegebenheiten anzupassen. Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt bei 1 Enthaltung**							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
46	353	04-07-01	Bürgerhäuser		15.000	Instandsetzung der Schwebetüren in der MZH Mülldorf	SPD
Nach kurzer Diskussion sagte der Bürgermeister eine Überprüfung des Instandsetzungsbedarfs zu.							
46 a	389	05-02-03	Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern		15.000	Renovierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen für das Übergangswohnheim An der Ziegelei in Mülldorf	CDU
Nach kurzer Diskussion ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen. **einstimmig**							
49	401	05-03-01	Sonstige soziale Dienstleistungen		23.281	Verschieben der Zuschüsse für den Verein "Hoffnung für das Leben" zur Stärkung der vom Ausländerbeirat initiierten Veranstaltungen // Aktualisierung Bericht soziale Disparitäten	SPD
Herr Wagner erklärte für die CDU-Fraktion, mit einer Streichung der Zuschüsse nicht einverstanden zu sein. Eine Notwendigkeit, den Bericht zu aktualisieren, werde für das laufende Jahr nicht erkannt. Der zuständige Fachausschuss solle sich mit dieser Fragestellung befassen. Eventuell erforderliche Mittel könnten für die Haushaltsplanung 2010 eingebracht werden. Herr Knülle für die SPD-Fraktion und Herr Metz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprachen sich vor dem Hintergrund des Alters des Berichtes sowie der demografischen Entwicklung für eine Aktualisierung bzw. Neuauflage aus. Frau Bergmann-Gries ergänzte, dass eine Prüfung im Ausschuss für Soziales und Familie bereits erfolgt sei. Zudem bestünden auf Kreisebene entsprechende Aktivitäten. Frau Roitzheim verwies auf die zur demografischen Entwicklung und Sozialraumplanung vorliegenden Aufstellungen, die als Grundlage bereits vorhanden seien. Herr Metz vertrat die Auffassung, es müsse eine integrierte Sichtweise in den Vordergrund gestellt werden. Die vorhandenen Aufstellungen und Daten stünden nicht im Widerspruch zu einer Neuauflage des Berichts. Aus Sicht der Verwaltung erläuterte Herr Parpart die Vorstellung des Berichtes im Fachausschuss auf Grundlage der Daten des Jahres 2001. Es sei seinerzeit eine Datenfortschreibung ohne sozialplanerische Bewertung beschlossen worden. Für die Einrichtung einer Datenbank seien im Jahre 2003 Haushaltsmittel eingestellt worden. Mit der Umsetzung konnte jedoch aus organisatorischen und technischen Gründen und						

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
insbesondere vor der Hintergrund, dass erhebliche Daten nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, erst im Jahre 2008 begonnen werden. Die von den Daten haltenden Stellen übermittelten Bestandsdaten zu einem bestimmten Stichtag beinhalten jedoch keine demografischen Hochrechnungen. Den Fraktionen werde noch eine Übersicht der tatsächlich lieferbaren Daten zur Verfügung gestellt. Die Kosten für eine Neuauflage des Berichtes würden sich auf ca. 21.000 € belaufen, für jede Aktualisierung seien ca. 2.800 € anzusetzen. Herr Lübken ergänzte, die Ermittlung des Datenmaterials führe nicht zu dem Erkenntnisgewinn in einem entsprechenden Bericht, der für die Ableitung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen erforderlich ist. Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag, den Bericht über soziale Disparitäten zu aktualisieren, abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt bei 1 Enthaltung** Hiernach ließ er über den Antrag, den Zuschuss für den Verein „Hoffung für das Leben“ zu verschieben, abstimmen. **mehrheitlich abgelehnt** (Herr Weber hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)							
50	411	06-01-01	Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen		5.000	Vorziehen der Installation der Nestschaukel aus 2010 in 2009 für die Kita Spichelsfeld 5.000,- €	SPD
Herr Lübken sprach sich dafür aus, den Betrag im Jahre 2010 zu belassen, jedoch nicht für die Kindertagesstätte „Im Spichelsfeld“. Aus dem U3-Förderprogramm des Landes liege ein Zuwendungsbescheid über 5.000 € vor, aus dem in diesem Jahr eine entsprechende Maßnahme (Spielgerät) für die Kindertagesstätte „Im Spichelsfeld“ realisiert werden könne. Herr Knülle erklärte den Antrag für erledigt.							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
50 a	411	06-01-01	Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen		10.000	Unterdeckungszuschuss für Anbau Kindertageseinrichtung „Schatzinsel“	
Herr Lübken verwies auf die gestrige Beratung im Unterausschuss für Kindertagesbetreuung. In der Kindertageseinrichtung „Schatzinsel“ solle eine dritte Gruppe eingerichtet werden. Der Eigentümer des Gebäudes sei bereit, hierfür einen entsprechenden Anbau zu errichten, für den ein Unterdeckungszuschuss bereit gestellt werden müsse. Die Finanzierungspauschale nach KiBiz reiche nicht aus. **einstimmig**							
51	415	06-01-01	Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen		30.000	Für den Neubau einer KITA im Neubaugebiet "Im Werthchen" sollen in 2009 Planungskosten vorgesehen werden.	CDU/ FDP
einstimmig							
52	425	06-02-01	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit		10.000	Zusätzliche Spielgeräte fürs Zentrum West	SPD
mehrheitlich abgelehnt bei 1 Enthaltung							
52 a			Jugendrat		2.000	Aufbau und Arbeit eigenständiger Jugendrat	CDU
Herr Metz wies darauf hin, dass bislang keine Erkenntnisse über erforderliche Maßnahmen vorliegen. Ein abgeschlossenes Modell zur Funktionsweise eines Jugendrates bestehe noch nicht. Herr Lübken erläuterte den Verfahrensvorschlag der Verwaltung. Die Ergebnisse und Handlungsschritte aus dem im letzten Jahr durchgeführten Projekt sollen dem Kinder- und Jugendparlament vorgestellt werden. Dabei soll vorgeschlagen werden, eine Jugendvertretung einzurichten. Der beantragte Betrag sei als Anschubfinanzierung zu verstehen.							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
Nach kurzer Diskussion ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen: **einstimmig**							
53	428	06-02-01	Förderung der Kinder- und Jugendarbeit			Planungskosten für eine Konzeption „Jugendzentrum Mülldorf“ Um die Angebote der offenen Jugendarbeit an diesem Standort bedarfsorientiert zu gewährleisten, sollen grundsätzliche Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Deckungsvorschlag: Investition 07-00117 (Friedhofs- und Bestattungswesen).	CDU
Nach Angabe von Herrn Wagner handele es sich bei dem Deckungsvorschlag um einen Betrag von 50.000 €, der nach Angabe der Verwaltung in diesem Jahr nicht benötigt werde. Herr Knülle bemängelte, dass diese nicht benötigten Mittel nicht in die Änderungspapiere der Verwaltung aufgenommen wurden. Er bat darum, dies künftig zu berücksichtigen. Der Bürgermeister schlug vor, für die beantragte Maßnahme Mittel aus dem Konjunkturpaket II zu verwenden. Sollte dies nicht möglich sein, könnten Mittel im Nachtragshaushalt eingebracht werden. **einstimmig**							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
54	431	06-02-02	Offene Kinder- und Jugendarbeit		28.800	Personalkosten für einen zusätzlichen Streetworker zur Verfügung stellen. 50% in 2009: 28.800 €, 2010: 57.600 € // Umsetzung mit einem freien Träger andenken. // Konferenz Jugendförderplan hatte auch Bedarf in Menden/Meindorf alleine schon für eine halbe zusätzliche Stelle deutlich gemacht. // Anbindung ans Hotti eine Möglichkeit	SPD

Herr Lübken teilte das Beratungsergebnis des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ mit. Es wurde der perspektivische Bedarf einer zusätzlichen Stelle diskutiert. Ab dem Jahre 2009 werden Ressourcen für das Arbeitsfeld durch zusätzliche Mittel für Honorarkräfte beim Einsatz des Streetworkmobils verstärkt, die der Förderverein für Jugendeinrichtungen zusätzlich erhält. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.03.2009 sei zudem eine Beratung entsprechender Maßnahmen vorgesehen. Er erläuterte die Budgetelemente des Fördervereins. Nach Auffassung der Verwaltung bestehe kein aktueller Bedarf für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle.

Allein vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Menden (Alter Friedhof) sprach sich Herr Köhler für eine zusätzliche Stelle aus. Frau Bergmann-Gries wies auf weitere Brennpunkte hin, beispielsweise den Bereich Niederpleiser Park. Auch Herr Metz schloss sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag an.

Frau Roitzheim bestätigte den grundsätzlich bestehenden Bedarf einer zusätzlichen Stelle. Sie wies auf die Entwicklung im Bereich der Streetwork hin (unbefristete Ganztagsstelle, Unterstützung durch Honorarkräfte). In Menden sei differenziert vorzugehen. Es sei zu berücksichtigen, dass ein Streetworker keine ordnungsbehördliche Funktion habe. Streetworkprojekte sollten über Honorarkräfte unterstützt werden.

Herr Lübken vertrat die Auffassung, die mobile Jugendarbeit der Stadt sei hervorragend aufgestellt. Kontakte zu den Jugendlichen würden über die Streetworkerin, das Streetworkmobil sowie die Honorarkräfte, bezogen auf die Treffpunkte im Stadtgebiet, hergestellt.

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
Der Bürgermeister ließ über den Antrag abstimmen: **mehrheitlich abgelehnt**							
55	437	06-02-03	Jugendsozialarbeit		47.050	Personalkosten für Team mobiles Jugendangebot zur Verfügung stellen! // Sozialarbeiter + Erzieher 2009: 47.050 €, 2010: 94.100 € // Finanzierung Mobil über Konjunkturpaket II // Anliegend am Konzept der Stadt Bonn für das mobile Jugendantreffangebot // Höchst flexibel auf Bedürfnisse reagieren, Angebot für Wohnschwerpunkte lokal anbieten. // Realisierung über freien Träger andenken.	SPD
Frau Roitzheim zählte die in jedem Ortsteil bestehenden Angebote für Kinder und Jugendliche auf und wies auf das Streetworkmobil für die aufsuchende Jugendarbeit hin. Vor diesem Hintergrund sehe sie keine Notwendigkeit für die beantragte Maßnahme. Herr Knülle vertrat die Auffassung, dass viele Jugendliche durch die bestehenden Angebote nicht erreicht werden. Zum Abstimmungsverhalten erklärte Herr Metz seine Enthaltung, da sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Antrag noch nicht näher befassen konnte. Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen: **mehrheitlich abgelehnt bei 1 Enthaltung**							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
61	481	09-01-01	Städtebauliche Planungen und Entwicklungen	Erhöhung der Defizit-rücklage für das avisierte Defizit der Zentrum West Maßnahme in 2015 in Höhe von 12 Millionen Euro. Derzeit kommende Rücklagen decken nur 3 Millionen der noch offenen 5 Millionen			SPD
Herr Raubach verwies auf seine Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 28.01.2009. Bei Addition der Rücklage und der jährlichen Beiträge zur Rücklage bis 2012, ergebe sich ein Fehlbetrag von ca. 3 Mio. €. Dies habe zur Konsequenz, dass die Beträge ab 2013 entsprechend erhöht werden müssten. Herr Gleß erläuterte zur Nachfrage von Herrn Knülle, ob das Defizit auf 9 Mio. € vermindert werden könnte, dass keine gesicherten Erkenntnisse über künftige Vermarktungserkenntnisse vorliegen. Er empfahl, die finanziellen Rahmenbedingungen nicht zu verändern. Herr Knülle zog daraufhin den Antrag zurück.							
62	482	09-01-01	Städtebauliche Planung und Entwicklung		-2.500	„Forum Stadtzentrum“ kürzen	GRÜNE
63	482	09-01-01	Städtebauliche Planung und Entwicklung	12.500		Zuschuss der WFG.	GRÜNE
Der Bürgermeister erläuterte, dass seitens der Geschäftsführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine Zusage zur finanziellen Unterstützung des „Forum Stadtzentrum“ bestehe. Die Darstellung im Haushalt werde nachgeholt. Herr Gleß unterbreitete den ergänzenden Vorschlag, die Thematik in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates zu erörtern.							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
Nach kurzer Diskussion zog Herr Metz den Antrag zurück.							
66	504	10-02-01	Denkmalschutz und -pflege			4000,-- € mit Zweckbindungsvermerk versehen; Freigabe nur für den Fall, dass 50% Förderung durch das Land gewährt wird.	FDP
Herr Raubach sagte zu, den Zweckbindungsvermerk vorzusehen.							
72	539	12-01-01	Straßen Wege Plätze	Mittel für die Erstellung des Gehwegs an der Martinuskirchstraße und der Pleistalbrücke einsetzten. Planungskosten Rad- und Fußweg Alte Heerstraße, Seite Wiesenblumensiedlung, einsetzen.		Zusage der Verwaltung, dass Mittel im Haushalt dafür stehen!?	SPD
Herr Schmitz erläuterte, dass eine Umsetzung erfolgen könne, wenn hierfür Mittel im Haushalt übrig sind (z.B. durch günstige Ausschreibungsergebnisse anderer Maßnahmen).							
73	540	12-02-01	Verkehrsanlagen, Straßenbeleuchtung			Haushaltsbegleitbeschluss. Auftrag an die Verwaltung: Auf Basis einer 5 % - Senkung des kwh-Verbrauchs bei aktuellen Strompreisen Einsparbetrag ermitteln	GRÜNE
einstimmig							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion
74	540	12-02-01	Verkehrsanlagen, Straßenbe-leuchtung		10.000	Pauschale Mittel für einzelne Modellprojekte zur E-nergieeinsparung der Straßenbeleuchtung (Dimmer, Bewegungsmelder)	GRÜNE
Herr Schmitz schlug vor, hierfür keine Haushaltsmittel einzustellen. Für die gesamte Straßenbeleuchtung werde derzeit ein Konzept erarbeitet, diese künftig energiesparend auszulegen. Maßnahmen könnten hiernach aus Mitteln des Konjunkturpaketes II ausgeführt werden. Mit dieser Vorgehensweise erklärte sich Herr Metz einverstanden.							
75	551	12-02-01	Verkehrsanlagen, Straßenbe-leuchtung	104.020		Erweiterung Beleuchtung Fahrradweg Pleistalstraße und Verbindungsweg Großenbuschstraße-Tannenweg	SPD
Es bestand Einvernehmen, die Maßnahme möglichst aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II auszuführen, anderenfalls eine Berücksichtigung im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes.							
78	567	13-01-01	Bereitstellung von Grün- und Freiflächen		16.000	Kosten für die Sanierung der städtischen Brunnen und deren Betrieb	SPD
mehrheitlich ja							
82	593	14-01-01	Umweltschutz		30.000	Der Fahrplan für Klima- und Umweltschutz muss fortgeschrieben werden. Ein Dachflächenkataster würde die Nutzung regenerativer Energien in der Stadt anschieben. Gleichzeitig sollen die städtischen Gebäude auch untersucht werden.	GRÜNE
Herr Gleß erläuterte, dass seitens des Rhein-Sieg-Kreises in dieser Angelegenheit ein kreisweites Konzept vorgesehen sei. Die Inhalte dieses Konzeptes sollen jedoch nur grobmaschig sein und nicht alle kommunalen Gebäude umfassen. Daher könne es für die Stadtverwaltung voraussichtlich nicht verwendet werden.							

Lfd. Nr.	Seite HPL	Produkt	Bezeichnung	Ertrag/ Einzahlung plus/ minus(-)	Aufwand/ Auszahlung plus/ minus(-)	Begründung/Beschreibung	Antrag-stellende Fraktion

Herr Gleß führte aus, der Fahrplan für den Klima- und Umweltschutz stelle ein eigenes Konzept dar. Im Sachkonto 52-91-20 seien für die Fortschreibung insgesamt 69.000 € veranschlagt. Darin enthalten seien als integrale Bestandteile eine Untersuchung der Gebäude in energetischer Hinsicht und der stadteigenen Dachflächen im Hinblick auf eine mögliche Solarnutzung. Eine davon losgelöste Betrachtung und Einstellung von Haushaltsmitteln hielt er daher nicht für sinnvoll.

Herr Metz schlug eine Reduzierung der jetzt beantragten Mittel auf 20.000 € vor und diese Mittel für eine Untersuchung der privaten Dachflächen zu verwenden. Herr Gleß sprach sich gegen eine Einbeziehung von Kommunikationsmodellen zu privaten Eigentümern in den Fahrplan für Klima- und Umweltschutz aus. Dies könne dazu führen, dass die weitere Entwicklung im Sande verlaufe.
Herr Köhler regte an, die aktuelle Entwicklung beim Landrat abzufragen. Nach seiner Kenntnis ergebe sich eine neue Entwicklung im Bereich der privaten Dachflächen.

Herr Metz stellte seinen Antrag bis zur Ratssitzung am 11.03.2009 zurück und bat die Verwaltung um Prüfung der aktuellen Entwicklung beim Landrat.